

06.10.2020 – 14:02 Uhr

Hochbautenbericht 2021 verabschiedet

Vaduz (ots) -

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 6. Oktober 2020 den Bericht und Antrag betreffend die mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2021) zuhanden des Landtags verabschiedet.

Der Hochbautenbericht wird seit 2001 jährlich aktualisiert und bildet eine der wesentlichen Grundlagen für die Budget- und Finanzplanung im Bereich der Instandsetzungen und des Neubaus staatlicher Hochbauten.

Das gesamte Immobilienportfolio des Landes Liechtenstein in den Bereichen Verwaltungs-, Schul- und Kulturbauten mit einem Wert von aktuell rund CHF 667'000'000 umfasst per 2020 insgesamt 98 Gebäude: 65 Gebäude stehen im Eigentum des Landes und 33 Gebäude werden gemietet. Zusätzlich sind vier gemeindeeigene Objekte im Schulbautenbereich zu erwähnen (Hallenbad und Turnhalle in Triesen sowie Hallenbad und Turnhalle in Balzers), an welchen sich das Land finanziell beteiligt.

Für die strategische Planung von Hochbauprojekten sind im generellen Hochbauplanungskredit für das Jahr 2021 CHF 750'000 budgetiert. Diese Mittel werden eingesetzt, um Bauvorhaben, die sich in einer frühen Planungsphase befinden, zu analysieren, deren Notwendigkeit bzw. Machbarkeit zu prüfen und in Form von Studien als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen aufzubereiten.

Im investiven Bereich der Verwaltungsbauten (Neubauten) sind für das Jahr 2021 Finanzmittel in der Höhe von CHF 6'200'000 für das neue Dienstleistungszentrum der Liechtensteinischen Landesverwaltung am Giessen in Vaduz vorgesehen. Im investiven Bereich der Schulbauten sind in Bezug auf das Bauvorhaben betreffend den Ersatzbau für den "Trakt G" und für eine zusätzliche Massnahme beim Schulstandort Mühleholz in Vaduz sowie für den Neubau des Schulzentrums Unterland II in Ruggell CHF 2'350'000 budgetiert. Die Umnutzung des Post- und Verwaltungsgebäudes in Vaduz für die Zwecke der Liechtensteinischen Landesbibliothek verursacht 2021 Kosten in der Höhe von CHF 350'000, welche im investiven Bereich der Kulturbauten budgetiert sind.

Für Bautätigkeiten im Instandsetzungsbereich staatlicher Verwaltungs-, Schul- und Kulturbauten (Erneuerungen, Umbauten, Erweiterungen, Sanierungen) sind für das Jahr 2021 Finanzmittel in der Höhe von CHF 12'060'000 budgetiert.

Die Bewirtschaftungskosten ohne Instandsetzungskosten (das sind Betriebs- und Instandhaltungskosten) der staatlichen Liegenschaften belaufen sich derzeit jährlich auf rund CHF 8'000'000 bis 8'500'000. Darin enthalten sind die Kosten für Bewachung, Reinigung, Energie, Wasser und Instandhaltung.

Für die Miete von Verwaltungs-, Schul- und Kulturbauten sind für das Jahr 2021 rund CHF 7'000'000 budgetiert.

Seit Beginn der Umsetzung der Liegenschaftsstrategie für Verwaltungsbauten im Jahr 2012 konnten bis 2020 Einsparungen bei den Mietkosten von rund CHF 2.7 Mio. pro Jahr realisiert werden. Ab 2021 erhöhen sich die Mietkosten aufgrund zusätzlich angemieteter Räumlichkeiten bzw. Flächen temporär.

Pressekontakt:

Amt für Bau und Infrastruktur
Romano Kunz
T. 236 68 40

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100856683> abgerufen werden.